

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden  
die-tribuene.ch

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

<b>Initiative «Recht auf Heimat»</b> Impressionen des Sonderparteitages in Winterthur Seite 2	<b>Kanton Zürich</b> Wie weiter mit der Wohnungsnot? von Peter Schick Seite 3	<b>Aktuell</b> Geschickte Innenpolitik statt Panikmodus von Christian J. Huber Seite 5	<b>Aktuell</b> Linke Doppelmoral bei Stadtfesten von Norbert Brestel Seite 6	<b>Veranstaltungs-Tipp</b> Abstimmungspodium der SVP Bonstetten Seite 4
---	--	---	---	---

SONDERPARTEITAG VOM 13. AUGUST 2025 IN WINTERTHUR

## Lancierung der kantonalen Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnnige für eusi Lüüt»

Am Mittwochabend, dem 13. August 2025, lud die SVP des Kantons Zürich zum Sonderparteitag nach Winterthur. Auf dem gut besuchten Neumarkt-Platz versammelten sich Hunderte von Mitgliedern und Interessierte bei gratis Speis und Trank zu einem politischen Abend mit klarer Botschaft: Die Zeit ist reif für mehr Heimat – für eusi Lüüt.



Ein mehr als volles Festzelt, bestes Wetter und Politprominenz: Der SVP-Sonderparteitag zur Lancierung der kantonalen Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnnige für eusi Lüüt» war ein voller Erfolg.

Bild: zVg

Nach einem herzlichen Grusswort von Regierungsrätin Natalie Rickli, die als Winterthurerin ein Heimspiel hatte und auf die Bedeutung von Heimat, Zusammenhalt und politischen Gestaltungswillen hinwies, richteten weitere prominente SVP-Vertreter das Wort an

die versammelten Gäste. Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz Marcel Dettling kritisierte in seiner Rede das aktuelle Asylwesen und die zunehmende Einflussnahme der EU, die den Handlungsspielraum der Schweiz massiv einschränkt.

Thomas Matter, Nationalrat und Mitglied des Initiativkomitees, sprach über den Zusammenhang zwischen Massenzuwanderung und Wohnungsknappheit. Solange jährlich Zehntausende neue Einwohner kommen, nützt kein Quadratmeter mehr Wohnfläche; der

Zustrom muss endlich gebremst werden. Sein Appell: «Keine 10-Millionen-Schweiz – das ist keine Parole, das ist ein Notruf!»

### Für einen lebenswerten Kanton – auch morgen

Sodann befassten sich die Anwesenden mit der neuen kantonalen Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnnige für eusi Lüüt». Domenik Ledergerber, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich sowie des Initiativkomitees, stellte unter grossem Applaus die Kernelemente der Initiative vor. Diese soll der einheimischen Bevölkerung Vorrang bei der Wohnungsvergabe sichern – sobald die Schweiz die 10-Millionen-Grenze überschreitet, was laut Prognosen bereits 2035 der Fall sein dürfte. Ziel ist, dass Schweizerinnen und Schweizer sowie langjährig im Kanton Zürich wohnhafte Personen bei der Vermietung von Wohnraum bevorzugt berücksichtigt werden.

### «Es ist eine Initiative für Gerechtigkeit, für sozialen Frieden und für eusi Lüüt.»

Ledergerber machte unmissverständlich klar: «Es geht nicht um Ausgrenzung, sondern um Prioritäten. All jene, die über Jahrzehnte zur Entwicklung und Stabilität des Kantons beigetragen haben, sollen nicht länger das Nachsehen gegenüber unzähligen von Neuankömmlingen aus der EU haben», betonte er.

Die Initiative ist ein notwendiger Schritt, um den Druck auf den Woh-

nungsmarkt zu entschärfen und das Vertrauen in eine gerechte Politik wiederherzustellen.

Unter grossem Applaus fassten die anwesenden Parteimitglieder den offiziellen Beschluss zur Lancierung der kantonalen Volksinitiative. Damit ist

### Unterschriftenbogen beiliegend → Jetzt unterstützen!

der Startschuss gefallen – jetzt kommt es auf jeden Einzelnen an, die notwendigen 6000 Unterschriften so schnell wie möglich zu sammeln.

### Damit die Heimat Heimat bleibt

Der Abend endete mit angeregten Gesprächen und spürbarem Aufbruchswillen unter allen Anwesenden. Den Störaktionen aus der linksextremen Szene trotzend zeigt die SVP mit diesem Sonderparteitag einmal mehr deutlich, dass sie bereit ist, sich konsequent für die Anliegen der einheimischen Bevölkerung einzusetzen.

Die Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnnige für eusi Lüüt» ist dabei mehr als nur ein politisches Signal – sie ist ein Versprechen: für Zürich, für unsere Gemeinden und für alle, die diesen Kanton ihr Zuhause nennen.



Marco Calzimiglia  
Parteisekretär  
SVP Kanton Zürich  
Seuzach

JETZT handeln.  
SVP-Mitglied werden!

svp-zuerich.ch/mitmachen

Liebe Bürgerinnen und Bürger

Setzen auch Sie ein Zeichen gegen grenzenlose Zuwanderung, Dichtestress und sozialen Verdrängungsdruck und für mehr Heimat und Fairness!

Unterschreiben Sie den Unterschriftenbogen in der Beilage dieser Ausgabe oder unter [www.heimatinitiative.ch](http://www.heimatinitiative.ch) und senden Sie ihn möglichst rasch zurück – jede Unterschrift zählt!

Nur gemeinsam können wir die notwendigen 6000 Unterschriften sammeln, damit die Initiative vor das Volk kommt.

Jetzt ist die Zeit, ein klares Zeichen zu setzen: Für eusi Lüüt. Für Zürich. Für unsere Heimat. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!





**Schadenfreude aus dem Norden**

Wörter zahlen keinen Zoll. Darum wurde Donald Trumps Zollhammer auch im Ausland wortreich kommentiert. Die angelsächsischen Medien berichteten eher befremdet über die 39 Prozent, die der US-Präsident über die Schweiz verhängt hat. Die britische BBC wunderte sich über diese «höchsten Zölle in Europa». Und meinte: «Trump wollte grosse Geschäfte machen, und die Schweiz ist einfach nicht gross genug dafür.» Das amerikanische «Wall Street Journal» sprach von einem «Schlag ins Gesicht» und vom «Kreuzfeuer eines Handelskriegs».

Der «New York Times» fiel auf, dass die Zölle etwas stillos mit der Gratulation von Aussenminister Marco Rubio zusammenfielen. Sie lautete so: «Wir wünschen dem Schweizer Volk eine erfolgreiche und bedeutungsvolle Feier und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit in den nächsten Jahren.» Die Agentur Reuters sprach von einem «schweren Körper-treffer für den kleinen Alpenstaat, für den die USA der wichtigste Exportmarkt für Arzneimittel, Uhren, Maschinen und Schokolade sind». Wer all dies zusammenfasste, waren die Tamedia-Blätter, aus-senpolitisch seit Jahren mit der «Süddeutsche Zeitung» zusammengebunden. Diese «Süddeutsche» belehrte das Nachbarland, es solle seine «Haltung zu den USA einer kritischen Musterung unterziehen». Jetzt müsste auch den «grössten Amerika-Idealisten» klar werden, dass im Weissen Haus «kein verlässlicher Partner mehr sitzt, insbesondere für kleinere Staaten.» Ein Journalist aus der «Metropolregion München» kommentierte, es sei an der Zeit «sich an die verlässlicheren Freunde in Brüssel zu erinnern». Und er setzte den Titel: «Anbiedern an die USA? Die Schweiz sollte sich lieber an Europa halten.»

Nun hält sich die Schweiz nicht nur an Europa, sie liegt sogar mitten-drin. Die schadenfreudigen Nachbarn sollten der Schweiz eigentlich danken. Denn diese könnte ja wie Trump Zölle auf Handelsüberschüsse einführen. Diese betrugen 2024 für deutsche Güter satte 12,3 Milliarden Franken. Neid ist nun einmal der Schatten, den der Erfolg wirft. Doch mit einer Retour-kutsche kommt niemand ans Ziel.

SVP-SONDERPARTEITAG IN WINTERTHUR

Die Zeit ist reif für mehr Heimat – für eusi Lüüt!



Regierungsrätin Natalie Rickli eröffnete das politische Programm in ihrer Heimat Winterthur mit einem Grusswort.

Bild: zVg



Marcel Dettling, Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz, kritisierte in seiner Rede die systematische Aushöhlung unserer Souveränität.

Bild: zVg



Nur dank eines Grossaufgebots der Einsatzkräfte, die bereits frühnachmittags vor Ort waren, konnte der Anlass überhaupt stattfinden.

Bild: zVg



Nationalrat Thomas Matter warnte vor noch mehr Wohnungsknappheit aufgrund der masslosen Zuwanderung.

Bild: zVg



Kantonsrat und Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber stellte den Anwesenden die Grundzüge der neuen kantonalen Volksinitiative vor.

Bild: zVg



Hunderte von Mitgliedern und Sympathisanten versammelten sich bei bester Stimmung zu diesem politischen Abend.

Bild: zVg

Linksextreme Lärmterroristen stören Sonderparteitag – SVP verurteilt Angriffe auf die Meinungsfreiheit

Die SVP des Kantons Zürich verurteilt die gestrigen Störaktionen der links-extremen Szene in Winterthur aufs Schärfste. Während Hunderte Mitglieder und Interessierte auf dem Neumarkt-Platz den Sonderparteitag der SVP besuchten, versuchten linksextreme Chaoten mit Geschrei und Ge-pfeife, Reden zu übertönen und die politische Kundgebung zu sabotieren.

Nur dank einer starken Abschi-rmung durch die Polizei konnten die Störer auf Distanz gehalten und die Sicherheit der Teilnehmenden gewähr-leistet werden. Dass in der sechstgrös-ssten Stadt der Schweiz politische Ver-anstaltungen nur noch unter massi-vem Polizeischutz und in einer Atmo-sphäre der Einschüchterung statt-

finden können, ist ein beschämendes Zeichen für den Zustand unserer De-mokratie.

Diese selbsternannten «Toleranten» entlarvten sich einmal mehr als das Gegenteil: intolerant, undemokra-tisch und potenziell gewaltbereit. Wer mit Einschüchterung, Störaktionen und Aggressionen versucht, Anders-denkende mundtot zu machen, stellt sich selbst ausserhalb des demokrati-schen Diskurses.

Trotz dieser Angriffe liess sich die SVP nicht beirren und feierte an die-sem schönen Sommerabend äusserst erfolgreich die Lancierung der Volks-initiative «Recht auf Heimat – Wohni-ge für eusi Lüüt». Lesen Sie hierzu die Beiträge auf den Seiten 1 und 3.



BERICHT AUS DEN RATSFERIEN

Von Patrioten und Zöllern

In dieser Sommerausgabe des Ratsberichts gibt es für einmal keine Perlen aus Absurdistan. Viel interessanter ist aktuell die Zolldebatte und die Berichterstattung darüber. Wobei in den Medien ja häufig nur Meinungen und nicht Fakten zu lesen sind. Deshalb erlaube ich mir hier eine kurze Einordnung – also kein Kommentar oder gar meine persönliche Meinung.



Romaine Rogenmoser  
Kantonrätin SVP  
Bülach

Tatsache ist, dass die Schweiz einen Handelsbilanzüberschuss mit den USA im Wert von über 38 Milliarden Franken bzw. ca. 43 Milliarden US-Dollar aufweist. Das heisst, dass die Schweiz für 38 Milliarden Franken mehr Waren in die USA exportiert, als die USA in die Schweiz Waren liefern. Tatsache ist auch, dass die Schweiz somit unter den Top-10-Ländern ist, was die Warenlieferungen in die USA betrifft. Nur gerade eine Hand voll Länder – darunter Giganten wie China – liefern noch mehr Waren nach Amerika. Hand aufs Herz: Ist es ökonomisch nicht sinnvoll, von diesen Ländern höhere Zölle zu verlangen, die auch tatsächlich unglaublich viele Waren liefern bzw. die unglaublich viel mehr Waren liefern als beziehen? Ob Zölle per se ein sinnvoller Weg sind, ist bei dieser Debatte leider nicht relevant, denn bei dieser Betrachtung geht es lediglich darum, bei wem es sich am meisten lohnt, Zölle einzutreiben. Und das ist nun einmal leider die Schweiz.

Schweizer Stärke als US-Beute

Ebenso liegt es in der Natur der Sache, dass Verwaltungen, die durch Steuergelder entlohnt werden und die gleichzeitig über Steuergelder befinden, wenig Veranlassung haben, diesen Steuergeldern auch dieselbe Sorge zukommen zu lassen, wie das jeder Unternehmer in seiner Firma machen muss. Diese Tatsache ist der Hauptgrund, dass Regierungen bzw. deren Verwaltungsangestellten überhaupt nie hart verhandeln müssen und das auch nicht gelernt haben.

So wurde jetzt durch Trump eine weitere Tatsache geschaffen: nämlich, dass Schweizer Firmen praktisch die höchsten Zölle weltweit berappen müssen. Den Schweizer Beamten ist es ganz offensichtlich entgangen, dass Trump ein knallharter Verhandler ist.

Der Staat versagt – Unternehmer packen an

Dass es auch anders geht, hat jüngst eine Delegation von Unternehmern ge-

zeigt, die sich in die Verhandlungen einschalteten. Plötzlich kommt Bewegung in die Sache, ja hat die Schweiz sogar eine neue Verhandlungsmasse.

Und natürlich überbieten sich die linken Medien schon mit Schimpfereien, dass hier die Kompetenzen der Verwaltung und der ohnmächtigen Regierung einfach ausgehebelt werden. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, das bisher offensichtlich geschlafen hat, ist «not amused», weil jetzt plötzlich Wirtschaftskapitäne vormachen, was eigentlich ihr Job gewesen ist.

Auch Swissmem als staatsnaher Verband übt Schelte am pragmatischen Vorgehen derjenigen Unternehmer, die versuchen, den Schaden, den die trägen Verbände angerichtet haben, zu begrenzen.

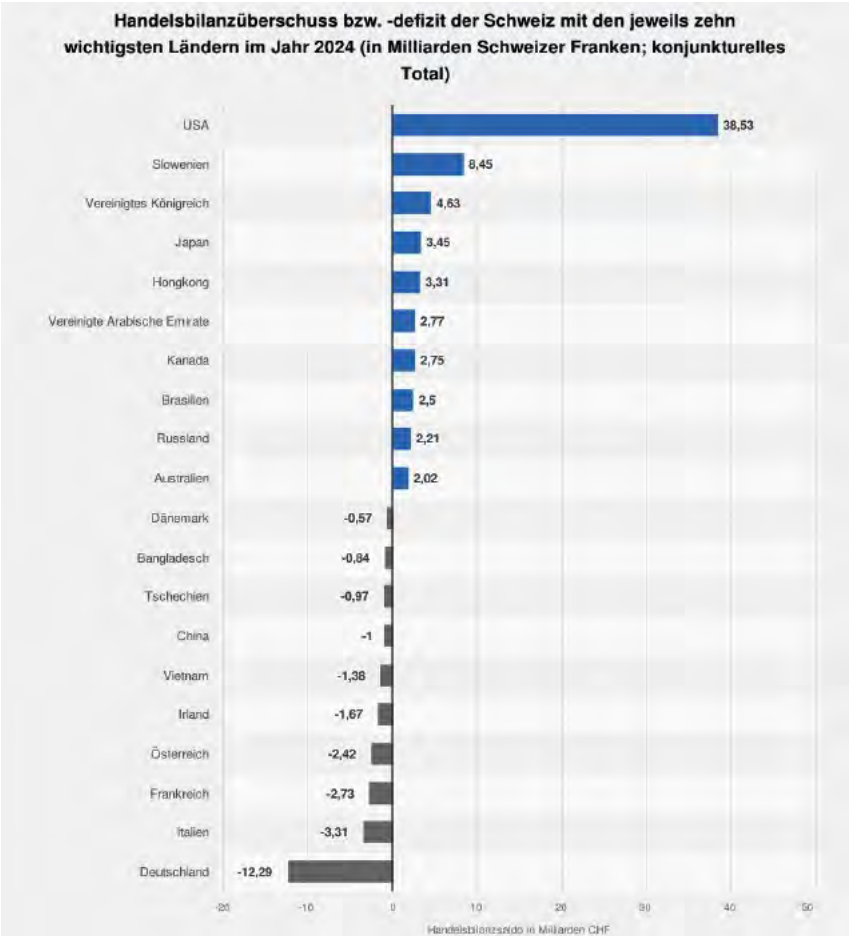
Die linke Presse ist ebenfalls erzürnt, weil jetzt ihr EU-Express, den sie mit den hohen Zöllern von Trump ins Rollen bringen wollten, ausgerechnet von bekennenden EU-Skeptikern ausgebremst wird. Die Presse hat sich seit der Zoll-

ankündigung praktisch überschlagen mit Lobgesängen auf eine Annäherung an die EU. Damit ist jetzt hoffentlich wieder Schluss.

Linke und EU-Fans im Panikmodus

Nicht zuletzt auch wegen dieser Tatsache: Mit Deutschland hat die Schweiz ein Handelsbilanzdefizit. Konkret heisst das, sie liefert weniger Waren, als sie von Deutschland bezieht. Und zwar satte 12 Milliarden Franken – das höchste Handelsbilanzdefizit mit einem anderen Land überhaupt. Handelsbilanzdefizite hat die Schweiz übrigens mit praktisch allen EU-Ländern. Weshalb um alles in der Welt sollte sich die Schweiz an diese Länder noch mehr ranschmeissen, wenn sie dort nicht einmal vernünftig ihre Waren verkaufen kann?

Die Schweiz täte gut daran, sich ihrer Stärken wieder zu besinnen und mehr für sich selbst bzw. ihre Bevölkerung zu schauen – und da würde ein Blick in die USA helfen.



Während die Schweiz massiv mehr Waren in die USA exportiert statt von ihnen importiert, weist sie gegenüber Deutschland ein Handelsbilanzdefizit auf. Bild: zVg

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Ein toller Sonderparteitag, aber es gibt Arbeit für uns alle

Vielleicht erinnern Sie sich an meine letzte Kolumne vom Juni, wo ich Ihnen die fünf Wünsche eines Parteisekretärs dargelegt habe. Aktueller denn je, bitte ich Sie nun, meinem zweiten Wunsch Folge zu leisten: nämlich dem Sammeln von Unterschriften für die am Mittwoch lancierte Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt».

Dieser Ausgabe beigelegt finden Sie den Unterschriftenbogen. Bitte unterzeichnen Sie unser Anliegen, ergänzen am liebsten die noch freien Zeilen mit Ihren stimmberechtigten Familienangehörigen oder Nachbarn und schicken den Unterschriftenbogen doch gleich am Wochenende an uns zurück.

Wie die Initiative zum Erfolg wird

Wir werden die Unterschriftensammlung mit verschiedenen Massnahmen unterstützen. So erhalten die Sektionen in den nächsten Tagen für ihre Ortsparteiveranstaltungen eine genü-

gende Anzahl Unterschriftenbögen zugestellt. Auch haben wir alle unsere Mandatsträger dazu aufgerufen, ein gewisses Kontingent von Unterschriften an den für die Abstimmungen vom 28. September und 30. November 2025 zahlreich stattfindenden Standaktionen zu sammeln.

Fokussiert wird die SVP auch an grösseren Veranstaltungen wie der ZOM, dem Stadtfest in Uster oder an der Winti-Mäss im November präsent sein und tatkräftig Unterschriften sammeln und hoffentlich zusätzliche Parteimitglieder gewinnen können.

Gemeinsam erreichen wir mehr

Natürlich können Sie aber auch in Ihrem Umfeld weitere Unterschriften sammeln. Gerne stellen wir Ihnen zusätzliche Unterschriftenbögen zur Verfügung. Melden Sie sich einfach auf dem Kantonalsekretariat unter Telefon 044 217 77 66 oder via sekretariat@svp-zuerich.ch. Ebenso können Sie Unterschriftenbögen auf der Websei-

te www.heimatinitiative.ch herunterladen und ausdrucken.

Nach etwas mehr als zwei Jahren im Amt als Parteisekretär kennen Sie mich → ich werde mich gerne wieder bei Ihnen melden, falls die Unterschriftensammlung etwas schleppend verlaufen sollte... Aber mit Ihrer Hilfe wird das nicht notwendig sein!

Herzlichen Dank, wenn auch Sie diese Initiative unterstützen und uns helfen, die benötigten Unterschriften so schnell wie möglich zusammenzukriegen. Gemeinsam für eine immer stärker werdende SVP im Kanton Zürich.



von  
Marco Calzimiglia

KOMMENTAR ZUR KANTONSPOLITIK

Wohnungsnot: Wie weiter?



Peter Schick  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Am Sonderparteitag der SVP des Kanton Zürich vom 13. August 2025 in Winterthur wurde die Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt» lanciert. Die Verfassung des Kantons Zürich muss geändert werden. Beträgt die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 mehr als zehn Millionen, sind die Wohnräume vorrangig an Schweizerinnen und Schweizer und Einwohnerinnen und Einwohner, die ihren Wohnsitz während mindestens zehn aufeinanderfolgenden Jahren im Kanton Zürich hatten, zu vermieten.

Eine Tatsache ist, dass jedes Jahr rund 15 000 Personen direkt aus dem Ausland in den Kanton Zürich einwandern und im Gegenzug 2500 Zürcherinnen und Zürcher unseren Kanton verlassen müssen, weil sie keine Wohnung finden. Das Wohnungsangebot kommt der Nachfrage nicht mehr nach. Weil das so ist, kosten auch die Wohnungen immer mehr. Bezahlbare Wohnungen werden immer rarer. Seit dem Jahr 2000 wurden pro Jahr durchschnittlich 8246 Wohnungen erstellt. Das sind bis heute 186 985 Wohnungen. Man würde meinen, dass dies reichen würde. Dem ist nicht so, denn im gleichen Zeitraum wuchs die Bevölkerung in unserem Kanton um 394 726 Personen – ein Plus von 32 Prozent.

Mit der Einführung der unsäglichen Personenfreizügigkeit im Juni 2007 entkoppelte sich der Mietpreisindex. Bis im Jahr 2007 war das Wohnungsangebot stets grösser als die Nachfrage, die Mieten erhöhten sich moderat. Nach diesem schwerwiegenden Entscheid zur Einführung der Personenfreizügigkeit war es fertig mit der Herrlichkeit. Zwischen 2009 und 2023

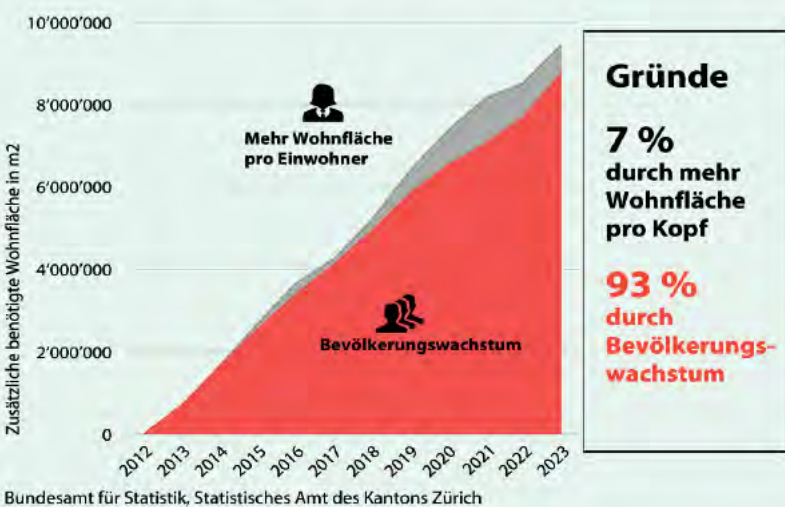
stiegen die Mieten schweizweit um 20 Prozent und in der Boomregion Zürich um fast 30 Prozent. In den vergangenen Jahren wurden etliche Massnahmen ergriffen mit dem Ziel, mehr Wohnungen zu erstellen. Im gleichen Zeitraum wurden die Baugesetze verschärft, unter anderem der Lärmschutz, Brandschutz, ISOS-Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz und etliche Klimaschutzartikel. Dass dies das Bauen verlangsamt oder gar verhindert, wurde ignoriert. Ein weiteres Phänomen kommt dazu: Das mit den offensichtlich missbräuchlichen Einsprachen, die nur darauf abzielen, den Bau zu verzögern. Nur berechnete Einsprachen sollen möglich sein.

Wie kann die Wohnraumproduktion erhöht werden? Dazu braucht es die Verdichtung, damit höher und grösser gebaut werden kann. Eine Bauparzelle sollte optimal ausgenutzt werden. Weiter braucht es weniger Regulierungen (Baugesetze) und verkürzte Baubewilligungsfristen. Auch müssen die privaten und die institutionellen Investoren innovativer werden. Sie müssen das Bauen neu denken und nicht weiterfahren wie in den vergangenen Jahrzehnten.

Zu guter Letzt ist auch die Politik gefragt. In den Gemeinden muss endlich das Thema Verdichtung in der Bau- und Zonenordnung (BZO) angegangen werden. Wenn wir nur darüber reden und nicht handeln, werden wir uns immer weiter im Kreise drehen. In nächster Zeit werden viele linke Initiativen zu diesem Thema zur Abstimmung kommen, die nur darauf abzielen, dem Staat noch mehr Kontrolle und Macht zu geben. Die ganze Problematik wird dadurch nur noch verschärft – dies ist ganz klar abzulehnen. Der Hauseigentümerverband lancierte bereits Initiativen, die den Erwerb von Eigentum in jungen Jahren fördern möchten.

Wir müssen dafür kämpfen, dass die masslose Einwanderung endlich gebremst wird. Bei geringerer Nachfrage werden auch die Mietkosten sinken.

Zusätzlich nötige Wohnfläche im Kanton Zürich



23 von 25 Wohnungen wegen Bevölkerungswachstum!

93% der zusätzlich benötigten Wohnfläche im Kanton Zürich sind dem Bevölkerungswachstum geschuldet. Bild: Heimatinitiative

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNG



Sonderparteitag in Winterthur  
Lancierung der kantonalen Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt»

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.





WARNUNG VOR DER MEINUNGSPOLIZEI

Freiheitsfeindliches EU-Gesetz über digitale Dienste

Während man in der Schweiz noch über ein ungenügendes Rahmenabkommen diskutiert, hat die EU bereits einen weiteren Pfahl gegen die Freiheit eingeschlagen. Das Gesetz über die digitalen Dienste schwächt die Meinungsfreiheit und stärkt die zentralen Informationen der EU. Jetzt greifen die USA in die Debatte ein.



Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär SVP  
Pfaffikon

Der Digital Services Act (DSA) trat am 16. November 2022 in der EU in Kraft und enthält einheitliche Regeln für digitale Dienste wie Online-Plattformen, soziale Netzwerke und Online-Marktplätze, die in der gesamten EU gelten. Punkte sind unter anderem der Schutz der Nutzer in diversen Belangen, aber auch besondere Regeln für sehr grosse Online-Plattformen mit mehr als 45 Millionen Nutzern. Sie müssen systematische Risikobewertungen durchführen und Massnahmen ergreifen, um Risiken zu minimieren, zudem mit Behörden arbeiten und illegale Inhalte sofort löschen.

Meinungsfreiheit gefährdet

Der DSA ist gefährlich. Vordergründig dient das Gesetz laut EU dem «Schutz der Demokratie» und soll «Hassrede und Desinformation» im Netz bekämpfen – das heisst zensieren. Die Begriffe «Desinformation» und «Hassrede» seien bewusst vage gehalten, um ein Instrument zur Überwachung und Unterdrückung unliebsamer Meinungen zu schaffen, meint etwa die einflussreiche österreichische EU-Abgeordnete Petra Steger.

Auch wird die zunehmende Löschung von Nutzerbeiträgen aufgrund von in-

ternen Richtlinien der Social-Media-Unternehmen zur «Hassrede» kritisiert. Damit schmälert die EU bewusst den «Meinungskorridor» stark.

Wenn in Gesetzen das Wort «Hassrede» gebraucht wird, wird schon klar, dass Zensur im Anmarsch ist. Wer entscheidet, was wirklich «Hassrede» ist? Hat der Gesetzgeber hier nur eine hervorragende Möglichkeit, missliebige Meinungen mundtot zu machen? Bietet das Strafgesetz nicht schon genügend Möglichkeiten, diffamierende Äusserungen zu bestrafen? Wenn ein Staat Unsicherheit streut, was überhaupt noch gesagt werden darf, verteidigt er die Freiheit nicht mehr. Es geht immer um Meinungsfreiheit und nicht um angebliche Hassrede.

Kritik der USA

Neu hat die US-Regierung ihre Diplomaten in der EU angewiesen, auf bestimmte Änderungen des DSA hinzuwirken. Das Vorgehen der EU sei ein unzulässiger Eingriff in die Meinungsfreiheit.

In einem von Aussenminister Marco Rubio unterzeichneten Schreiben werden die europäischen US-Vertretungen aufgefordert, die Regierungen der EU-Staaten und zuständige Behörden zu überzeugen, das Gesetz aufzuheben oder zu ändern.

Zensur konservativer Stimmen

Die US-Regierung sieht im Vorgehen der EU einen unzulässigen Eingriff in die Meinungsfreiheit. Der nun erfolgte Vorstoss ist Teil eines Kurses der Trump-Re-

gierung, die eine Zensur konservativer Stimmen auf Online-Plattformen bekämpft. In dem Schreiben mit dem Titel «Handlungsaufforderung» («action request») werden die US-Diplomaten konkret angewiesen, auf bestimmte Änderungen des Gesetzes hinzuwirken. So solle die Definition von «illegalen Inhalten» enger gefasst werden, damit die Meinungsfreiheit – auch im politischen und religiösen Diskurs – nicht eingeschränkt werde.

Spezielles Spitzelsystem

Zudem solle der «Verhaltenskodex gegen Desinformation» geändert oder zurückgenommen werden, da er «übermässig weite Kontrollen» für Inhalte festlege. Weitere Kritikpunkte sind die hohen Strafen bei Verstössen und das System sogenannter «vertrauenswürdiger Hinweisgeber». Dabei handelt es sich um von staatlichen Stellen benannte Organisationen, die illegale Inhalte an Plattformen melden.

US-Vizepräsident JD Vance hatte europäischen Politikern bereits im Februar vorgeworfen, die Meinungsfreiheit und speziell die Meinungsäusserungsfreiheit nicht genügend ernst zu nehmen.

Die EU-Kommission verteidigt den DSA immer wieder mit dem Geschäftsgebarren von fernöstlichen Plattformen wie Temu. Hier geht es aber nicht um Meinungsfreiheit, sondern um vermutlich illegale Geschäftspraktiken. Dass das alles vermischt wird und allgemein Unsicherheit gestreut wird, ist leider schon Tradition bei der EU-Kommission.

STANDPUNKT ZUM EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

Der EU-Unterwerfungsvertrag schadet unserer Bildung

Der EU-Unterwerfungsvertrag schadet auch unserem Bildungsbereich. Im Rahmen des neuen EU-Vertrages soll die Schweiz wieder an Bildungs- und Forschungsprogrammen wie Erasmus+ und Horizon Europe teilnehmen. Was auf den ersten Blick als Fortschritt erscheint, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als gefährlicher Rohrkrepierer: Die Schweiz müsste Milliarden bezahlen und hätte bei den Universitäten nichts mehr zu sagen – das EU-Abkommen ist ein Unterwerfungsvertrag in Reinkultur.

Der EU-Unterwerfungsvertrag führt auch an unseren Universitäten zu einer masslosen Zuwanderung. Besonders brisant ist die geplante Gleichbehandlung von EU-Studierenden. Bisher konnten Schweizer Hochschulen durch Quoten und höhere Gebühren für Ausländer eine ausgewogene Verteilung sichern – wie etwa die Universität St.Gallen mit ihrer seit Jahrzehnten bewährten 25%-Ausländerquote. Künftig wären solche Modelle nicht mehr möglich: Die EU verlangt ungehinderten Zugang der Studierenden aus der EU an die Hochschulen sowie deren Gleichstellung mit den einheimischen Studenten bei den Studiengebühren.

- Was bedeutet das konkret für die Schweizer Universitäten? Noch mehr Studierende aus dem EU-Raum, ohne dass die Schweiz die Zahl steuern könnte. Schutzklauseln fehlen im Vertrag.
- Schon heute kommt fast jeder dritte Student aus dem Ausland.
  - Die Zahl der ausländischen Studenten hat sich seit 2000 mehr als verdreifacht: von 14017 auf 49433. Diese Zahl würde nochmals deutlich zunehmen.
  - Zehntausende EU-Studenten nutzen schon heute Schweizer Top-Universitäten wie die ETH Zürich und die ETH Lausanne. Die Schweiz finanziert die Ausbildung.
  - EU-Studierende profitieren von Schweizer Bildungsmilliarden, die von Schweizer Steuerzahlern finanziert werden.
  - Kapazitätsengpässe in beliebten Studiengängen wie Medizin würden sich weiter zulasten einheimischer Maturanden verschärfen.

Andere Länder wie Österreich haben Quoten zum Schutz eigener Studierender durchgesetzt. Die Schweiz hingegen verzichtet darauf – auch hier ist festzuhalten: Dieser Vertrag ist unglaublich schlecht verhandelt, weil zu Ungunsten der Schweiz.

EU-Ideologie statt praktischer Nutzen

Auch finanziell ist das EU-Abkommen ein Risiko. Die Schweiz müsste für Erasmus+ künftig jährlich rund 170 Millionen Franken bezahlen – das ist dreimal mehr als für das bisherige nationale Austauschprogramm. Das EU-Forschungsprogramm Horizon Europe schlägt ebenfalls mit jährlich Hunderten Millionen Franken zu Buche: Die Schweiz muss für die Periode 2021 bis 2027 über sechs Milliarden Franken zahlen. Und dies ohne Wenn und Aber, denn mitbestimmen darf die Schweiz nicht.

Hinzu kommt: Horizon und Erasmus+ sind durchzogen von politischen EU-Zielen wie Digitalisierung, Klimaschutz, Gender-Gaga und Inklusion. Statt einer thematisch offenen und vor allem ergebnisoffenen Forschung för-

dert die EU eine einseitige ideologische Forschung.

Ebenfalls heikel: Die zusätzlichen Kosten durch mehr EU-Studierende, welche heute teils durch höhere Gebühren kompensiert werden, müssten neu von den Kantonen oder Hochschulen getragen werden. Das belastet das Bildungssystem oder führt zu Gebührenerhöhungen für alle.

Souveränität in Gefahr

Das Abkommen ist nicht nur teuer, es greift auch tief in die Souveränität unseres Landes ein. Künftig wäre die Schweiz wohl gezwungen, EU-Regeln im Bildungsbereich zu übernehmen – etwa bei Zulassungen, Diplomanerkennung oder Studienstrukturen. Ein Veto recht gegenüber Änderungen bei Erasmus+ oder Horizon ist nicht vorgesehen.

Ohne garantiertes Mitspracherecht in den entscheidenden Gremien von Erasmus+ und Horizon müssen wir Regeln übernehmen, die in Brüssel beschlossen werden – damit würden wir zum zahlenden Zuschauer am europäischen Bildungstisch degradiert. Besonders beunruhigend ist zudem, dass die Teilnahme nur bis 2027 gesichert ist. Danach endet das aktuelle EU-Programmpaket – und jede weitere Beteiligung müsste neu ausgehandelt werden. Eine verbindliche Anschlussgarantie gibt es nicht. Damit bleibt die Schweiz in einem Zustand ständiger Unsicherheit – abhängig vom politischen Willen Brüssels. Für unsere Hochschulen und Forschungsinstitutionen bedeutet das: keine Planungssicherheit, keine Verlässlichkeit, keine Souveränität.

Die besten Universitäten sind ausserhalb der EU

Statt Selbstbestimmung opfert der Bundesrat im Namen der «Integration» die grundlegende Gestaltungshoheit. Die Schweizer Hochschulen verlieren ihre Autonomie, die Kantone werden zusätzlich finanziell belastet und die Schweizer Bevölkerung muss noch mehr bezahlen. Dieses Abkommen ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Die Schweiz braucht internationale Bildungskooperation, aber nicht um den Preis der Selbstaufgabe. Ein Ja zu Erasmus+ und Horizon darf kein Nein zur Souveränität sein. Die Schweiz darf auf keinen Fall ihr äusserst erfolgreiches und einzigartiges Bildungssystem aus der Hand geben. Auch deshalb sagen wir NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag. Dies wäre für den Forschungsstandort Schweiz verkraftbar – zumal die weltweit besten Universitäten allesamt ausserhalb der EU sind.

Roman Hug,  
Nationalrat SVP,  
Says (GR)



Für unsere Hochschulen und Forschungsinstitutionen bedeutet der EU-Unterwerfungsvertrag: keine Planungssicherheit, keine Verlässlichkeit, keine Souveränität.  
Bild: Unsplash/Thimo Pedersen



SVP Bonstetten

Einladung zum Podium Bonstetten im Gemeindesaal  
Donnerstag, 21. August 2025 (19.30 Uhr)

Abschaffung Eigenmietwert

Pro: **Martin Hübscher, SVP**  
NR / Mitglied der WAK



Kontra: **Walter Angst, AL**  
Co-GL des MV Zürich /  
VS Mitglied MV Schweiz



Einführung E-Identitätsnachweis

Pro: **Simon Nievergelt**  
Präsident Junge Mitte Kanton Zürich



Kontra: **Naemi Dimmeler**  
Präsidentin Junge SVP Kanton Zürich



Podium Bonstetten zur Volksabstimmung vom 28. September 2025. Besuchen Sie unsere öffentlichen Podiumsgespräche. Wir freuen uns, viele Interessierte am 21. August begrüssen zu dürfen.

SVP Bonstetten

Termin eintragen ➡









Fadegrad



von Marion Matter

Go woke, go broke?

Wussten Sie, dass unsere Zürcher Kantonalbank seit diesem Frühling über einen sogenannten Queer-Desk verfügt und ausschliesslich Kundschaft aus der LGBTQ-Community in Finanzfragen berät? Nicht? Ich bis vor Kurzem auch nicht. Zudem unterstützt die ZKB diverse LGBTQ-Veranstaltungen und ist Co-Partnerin der «Zurich Pride». Auf der Webseite lädt die Bank freundlich dazu ein, mit ihr ein «mehrtägiges Rahmenprogramm mit Fachtagungen, kulturellen Anlässen und einem Demonstrationszug für die Rechte der LGBTI\*-Community» zu erleben. Traditionsgemäss würden auch Mitarbeitende am Umzug teilnehmen. Weiter ist die ZKB eine der Hauptsponsorinnen des queeren Filmfestivals «Verzaubert – queere Lebensgeschichten». Bei «Queers & Peers», dem «buntesten Netzwerk der Zürcher Kantonalbank», sind alle Mitarbeitenden und Pensionierten des Konzerns herzlich willkommen. «Queers» stehe für alle, deren sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität nicht der gesellschaftlichen Norm entspreche. «Peers» seien Gleichgesinnte mit übereinstimmenden Wertvorstellungen und gleicher Denkrichtung. Wie einst am Hauptsitz der Credit Suisse weht bei der ZKB jeweils während des ganzen Junis die Regenbogenflagge, während sich andere Finanzinstitute, Pharma- und Telekommunikationsunternehmen von ihren Diversity-Programmen verabschieden und sich wieder auf das Kerngeschäft konzentrieren. Böse Zungen behaupten, daran sei primär der amtierende US-Präsident schuld. Mehr dazu beigetragen haben dürfte aber, dass der Woke-Sturm ganz generell zu einem lauen Lüftchen zu verkommen droht. Lassen Sie mich klarstellen: Ich bin keine militante Heterosexuelle, im Gegenteil. In meinem privaten Umfeld lassen sich etliche sehr geschätzte Freundinnen und Freunde finden, die nicht «der gesellschaftlichen Norm entsprechen». Nur macht niemand ein Aufheben darum – es ist einfach, wie es ist. Nun aber zurück zum Queer-Desk. Was laut der ZKB ein Zeichen für Diversität und Inklusion sein soll, ist für mein persönliches Empfinden vor allem eines: Exklusion. LGBTQ-Menschen werden vom Rest der Kundschaft separiert und von Gleichgesinnten oder LGBTQ-freundlichen Bankangestellten betreut. Haben diese Kundinnen und Kunden etwa ein anderes Bedürfnis als ich, sich Finanzinstrumente erklären zu lassen? Würde ich als heterosexuelle Kundin die Forderung stellen, durch einen heterosexuellen Kundenberater betreut zu werden, gälte dies als diskriminierend. Wenn es aber die LGBTQ-Community betrifft, geht das in Ordnung. Ganz im Sinne von «go woke, go broke» frage ich mich: Hat die Zürcher Kantonalbank nicht Besseres zu tun?

ARTIKELSERIE «GRÜNE TRÄUME»

Verkehr ohne fossile Brennstoffe

Die Grünen fordern die vollständige Elektrifizierung unseres Verkehrs. Dieses ehrgeizige Ziel wirft jedoch Fragen nach seiner Machbarkeit auf. Die Umsetzung solcher Forderungen erfordert eine Fläche von 20 000 Fussballfeldern, die mit Solarpanelen belegt ist, oder den Bau neuer Kernkraftwerke.



Johann Widmer  
Gemeinderat SVP  
Zürich

«Zwischenziele Verkehr: Die Grünen streben eine deutliche Reduktion des Verkehrs insgesamt an, der verbleibende Verkehr muss erneuerbar werden. Ab 2025 neue Fahrzeuge, einschliesslich der Zweiräder, nur noch mit Elektrizität oder mit erneuerbarem (synthetischem) Methan oder Wasserstoff. Ab 2035 nur noch erneuerbare Flugtreibstoffe.»

Das Zitat aus dem «Klimaplan» der Grünen Partei fordert, dass alle Fahrzeuge mit erneuerbaren Energien betrieben werden sollen. Das bedeutet, dass wir alle Fahrzeuge elektrisch betreiben müssen. Folglich müssten wir die gesamte Energie aller fossilen Treibstoffe in der Schweiz, die bei etwa 65 000 GWh/Jahr liegt, durch elektrische Energie ersetzen. Ideen, einen Teil dieses Treibstoffs durch Wasserstoff oder Biokraftstoffe zu ersetzen, sind nicht so schnell realisierbar. Darüber hinaus weisen diese Technologien erhebliche technische und logistische Mängel sowie einen geringen Wirkungsgrad auf.

An dieser Stelle gehen wir nicht auf die anderen Nachteile der vollständigen Elektrifizierung des Verkehrs ein, wie z.B. Batterieprobleme oder die Verfügbarkeit von Batterierohstoffen. Wir konzentrieren uns ausschliesslich auf die Idee, alle fossilen Treibstoffe durch elektrische Energie zu ersetzen. Auch der Treibstoffverbrauch des Flugverkehrs wurde nicht speziell berücksichtigt, ist aber in den Gesamtverbrauchszahlen enthalten. Flugzeugantriebe können nicht so einfach substituiert werden.

Die vollständige Elektrifizierung des Verkehrs ist utopisch

Angesichts des massiven Bevölkerungswachstums in der Schweiz erscheint uns die geforderte deutliche Reduktion des Verkehrs weder im Privatsek-

tor noch im Logistikbereich als machbar und erreichbar. Daher lassen wir diesen Aspekt ausser Acht und konzentrieren uns auf das Szenario der vollständigen Elektrifizierung des gesamten aktuellen Verkehrs.

Ein Vorteil von Elektroautos ist ihre höhere Effizienz. Ein Auto mit Verbrennungsmotor hat einen Wirkungsgrad von etwa 30%, was bedeutet, dass nur 30% des Treibstoffs für die Fortbewegung des Fahrzeugs verwendet werden. Die restlichen 70% werden als Wärme an die Umgebung abgegeben.

Ein Elektroauto hat einen Wirkungsgrad von 70%. Das bedeutet, dass es im Vergleich zu Autos mit Verbrennungsmotor weniger Energie benötigt, um die gleiche Reichweite zu erreichen. Für die Elektrifizierung müssten somit von der heute erforderlichen fossilen Energiemenge für den Verkehr von 65 000 GWh rund 28 000 GWh elektrische Energie pro Jahr bereitgestellt werden.

Da Autobatterien mit Solarenergie geladen werden können, fordern die

Grünen den Einsatz von Solaranlagen, um die benötigte Energiemenge bereitzustellen.

Bei der Energieerzeugung mit Photovoltaik ist bekannt, dass die Einstrahlung der Sonne pro Quadratmeter Solarzellen etwa 1000 bis 1500 kWh pro Jahr beträgt. Die Umwandlung von Solarenergie in elektrische Energie hat einen Wirkungsgrad von etwa 15% bis 20%. Daher können pro Quadratmeter und Jahr etwa 150 bis 300 kWh gewonnen und in Batterien gespeichert werden. In unseren Berechnungen gehen wir von einem praktisch erreichbaren Wert von 200 kWh pro Quadratmeter und Jahr aus, da wir neben dem Wirkungsgrad der Zellen auch den Wirkungsgrad der Elektronik, den Verschmutzungsgrad und die effektive Ausrichtung der Panele berücksichtigen müssen.

20 000 Fussballfelder mit Solarpanelen für den Verkehr

Mit diesen Annahmen lässt sich nun berechnen, wie gross die Fläche sein

muss, die mit Solarpanelen belegt werden muss, um diese Energiemenge zu erzeugen: Es sind rund 20 000 Fussballfelder.

Energiezukunft Schweiz geht davon aus, dass die installierbare Leistung der Photovoltaik in der Schweiz drei GW beträgt, was einer Jahresenergie von 26 000 GWh entspricht. Im Endausbau würde dies somit nur knapp den jährlichen Energiebedarf für den Verkehr von 28 000 GWh decken.

Die Grünen schlagen vor, Solarpaneele auf Dächern und Alpenhängen zu installieren. Die Praxis zeigt jedoch, dass die Erschliessung dieser Standorte oft schwierig ist, da die Verlegung der notwendigen Stromkabel an bestimmten Orten kostspielig sein kann. Darüber hinaus schweigen sich die Grünen über die Kosten solcher Anlagen aus. Bereits durchgeführte Projekte zeigen, dass etwa 24 bis 58 Milliarden Franken erforderlich wären, um den Traum der vollständigen Elektrifizierung des Verkehrs zu verwirklichen.

\*Die Quellen und Belege für die hier gemachten Aussagen finden Sie im Buch «Grüne Träume», Johann Widmer, Hrsg., epubli.de.



Um den grünen Traum der vollständigen Elektrifizierung des Verkehrs zu verwirklichen, müssten wir unsere Landschaft mit unzähligen Solarpanelen verschandeln.

Bild: Adobe Stock

DOPPELMORAL BEI STADTFESTEN

Street Parade – Ja, Seenachtsfeste – Nein

Nun ist sie wieder vorbei, die Zürcher Street Parade 2025. Begünstigt vom guten Wetter, auch dieses Jahr verbunden mit einer unangenehmen Bass-Beschallung des gesamten Seebeckens bis Mitternacht, Verkehrschaos, Wildpinklern und Müllbergen.

Zwar räumen die «Heinzelmännchen» bis zum nächsten Tag auf und ziehen die Sicherheitskräfte eine positive Bilanz. Trotzdem erstaunt, mit welcher Nonchalance der Drogenkonsum geduldet wird (wir wissen, Autofahrer werden schon für kleinste Vergehen unnachgiebig verfolgt) und die sonst üblichen «Klimaschutzbedenken» keine Rolle zu spielen scheinen. Natürlich führen die Veranstalter auch hier wieder geflissentlich ihre Nachhaltigkeitsstrategie auf (CO<sub>2</sub>-Kompensation, Mülltrennung), aber die schweren Diesel-Sattelschlepper und riesigen Generatoren auf den 29(!) Love-Mobiles für die Beschallung sind unübersehbar. Man rühmt sich über Besucher aus ganz

Europa, die kaum mit dem Velo ange-reist sind.

Und gegen Drogen gibt es an jedem Love-Mobil ein A4-Blatt mit der Aufschrift «No Drugs». Wie abschreckend.

Das alles wäre in Ordnung, wenn mit gleicher Elle gemessen würde. Land-auf, landab hingegen stossen «normale» Stadtfeste auf Widerstand. In Rapperswil und Arbon, um nur zwei Beispiele zu nennen, fielen die Seenachts-feste aus, in Zürich gibt es kein Züri Fäscht mehr.

Immer spielen behördliche Auflagen eine Rolle. Feuerwerksverbote, Luft-show-Verbote, Umweltschutzauflagen, das Lamentieren über die Anreise der Besucher.

Man wird den Eindruck nicht los, dass in Zürich der linke Stadtrat meint, an der Street Parade vergnügte sich im wesentlich die eigene Klientel, da

könne man ein Auge zudrücken. Man verstehe mich nicht falsch: Die Street Parade soll ihren Platz haben. Aber auch andere Formen kollektiver Ausgelassenheit müssen noch zulässig bleiben.

Norbert Brestel,  
Zollikon



Während an der Street Parade alles erlaubt zu sein scheint, findet das Züri Fäscht aufgrund der ausufernden Regulierungsvorgaben nicht mehr statt.

Bild: Wikimedia/Ank Kumara

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzten Sie sich für unser Land ein.





VERKEHRSOPTIMIERUNG IM WEINLAND

Neuer Kreisel in Henggart ist in Betrieb

In Henggart kann der neue Kreisel auf der Regionalverbindungsstrasse nun bald vollständig genutzt werden. Er ersetzt die vor 25 Jahren gebaute gefährliche Einmündung in die Weinlandstrasse.

RoMü. «Die bestehenden Kreuzungen in der Weinlandstrasse werden durch eine Kreiselanlage ersetzt. Diese Massnahme ist aufgrund von zu hoher Anzahl an Unfällen erforderlich und dient der Erhöhung der Verkehrssicherheit», schreibt das Bundesamt für Strassen ASTRA zu den noch laufenden Bauarbeiten. Seit Kurzem kann der Kreisel für die Durchfahrt sowie Abzweigung Richtung Henggart genutzt werden. Die Kreiselausfahrt zur Auffahrt auf die A4 Richtung Winterthur kann erst im Herbst befahren werden. Aktuell ist dies nur noch auf der alten Linienführung möglich.

Man muss fast drei Jahrzehnte zurückblättern, als auf der blau signalisierten Schnellstrasse der gesamte Verkehr zwischen Winterthur und Schaffhausen über Kleinandelfingen und Oberohringen mitten durch Hettlingen rollte. Dieser Strassenabschnitt diente dem gesamten Verkehr und war die einzige direkte Verbindung für das Weinland nach Winterthur. Die unendlich scheinende Autoschlange mit täglich rund 25000 Fahrzeugen trennte dazumal Hettlingen fast wie eine Mauer. Zugleich sorgte die Lichtsignalanlage beim Wiesental in Unterohringen immer wieder für äusserst lange Kolonnen.

Wer von Henggart aus auf diesen Strassenabschnitt wollte, hatte dabei die Möglichkeit, dies mit einem Voll-

anschluss in beide Richtungen zu tun. Wer hingegen sein Ziel in Richtung Nefenbach, Pfungen und Flughafen hatte, musste die Schnellstrasse in Henggart verlassen und das Dorf auf der alten Landstrasse durchqueren. Zudem rollte der gesamte Verkehr vom und ins Flaachtal mitten durch Henggart. Besonders ärgerlich: Dabei bildeten sich vor den Henggarter Bahnschranken jeweils lange Staus, weil viele ortskundige Fahrzeuginsassenden und -lenker in den Hauptverkehrszeiten das Nadelöhr bei Unterohringen umfahren wollten und den vermeintlichen Schleichweg durch Henggart über Riet und Wülflingen wählten.

**Abhilfe mit neuer A4-Linienführung** Mit der Inbetriebnahme der neuen A4 zwischen Henggart und der A1 am 15. August 1996 und der Einweihung des neuen A4-Abschnittes zwischen Kleinandelfingen und Henggart vier Jahre später hat sich auch das Verkehrsregime in und um Henggart vollständig verändert. Henggart verfügt seither nur noch über einen Halbanschluss von und nach Winterthur. Wer von Schaffhausen kommt oder dorthin will, muss über die Regionalstrasse den Vollanschluss Adlikon nutzen.

Mit dem Bau der A4 ist zusätzlich auch die Regionalstrassenverbindung parallel zur A4 realisiert worden. Diese nahm den Regionalverkehr von Klein-

andelfingen bis zur ehemaligen Grastrocknungsanlage Läderach in Henggart auf.

Auf der parallel geführten A4 sind es nun bis 35000 Fahrzeuge, welche auf der zweispurigen Nationalstrasse täglich unterwegs sind. Zugleich sorgte der neue Strassenabschnitt mit der neuen Flaachtalstrasse für die vollständige Umfahrung von Henggart, was mit Unterführung der Bahngleise möglich wurde.

Damit waren auch umfassende Anpassungen an das weitere Regionalstrassennetz nötig, indem es für die Oberwilerstrasse eine neue Brücke über die A4 und zugleich auch Regionalstrasse brauchte. Damit der Verkehr auf die neue Regionalstrasse geführt werden konnte, musste die entsprechende Einfahrt auf die Regionalstrasse Richtung Winterthur sowie die Ausfahrt von Winterthur realisiert werden, welche sich aber als sehr gefährlich und unfallträchtig erwies. So kam beispielsweise auch ein älteres Ehepaar beim Einmünden in die Regionalstrasse ums Leben.

Den aktuellen Ausbau der A4 zwischen Kleinandelfingen und dem Anschluss an die A1 nutzte man zugleich, um mit einem Kreisel diesen Verkehrsknotenpunkt sicherer zu machen. Dieser kann nun seit Neuestem fast vollständig und bald auch gänzlich befahren werden.



Der neue Kreisel macht vor allem die Einfahrt von Henggart her kommend auf die Regionalstrasse sicherer, wobei die Kreiselausfahrt rechts für das Auffahren auf die A4 erst im Herbst in Betrieb genommen werden kann. Bild: RoMü

BUCHREZENSION: OLIVIER KESSLERS ROMAN

Vom Albtraum zum Befreiungsschlag

Bisher hat der Chef des Liberalen Instituts vor allem spannende Sachbücher geschrieben. Jetzt versucht er einen ersten Roman. Es ist ein Befreiungsschlag.

RW. Die Welt im Jahr 2048 ist ein exakt orchestrierter Albtraum. Die UNO-Weltregierung – deren Sekretär übrigens Stahlherz heisst – hat die Menschheit mit einem Sozialkreditsystem und einer digitaler Weltwährung in Fesseln gelegt. Kameras beobachten, Algorithmen urteilen und Maschinen vollstrecken. Wer nicht spurt, wird aussortiert.

**Perfides Sozialkreditsystem** Kessler beschreibt diese erschreckende Gesellschaftsordnung anhand des Zürcher IT-Spezialisten Mike, der in der Sozialkreditsstufe ziemlich weit unten angekommen ist.

Anfang des Jahrhunderts schwärmte man noch von Nachhaltigkeit und einer grünen Zukunft. Aber das perfide Sozialkreditsystem wurde verschwiegen, ebenso das digitale Zentralbankengeld. Strassen und Plätze sind in Zürich alle videoüberwacht. Reisen ist praktisch unmöglich geworden. Mike kann mit seinem niedrigen Sozialkreditsystem nicht mehr als Computerfachmann arbeiten. Er muss jetzt in einem Friseursalon Haare schneiden. «Ein falsches Wort, eine leise Kritik an der Regierung – und in der nächsten Sekunde ist die Strafe schon von deinem Konto abgebucht. Automatisch.

In Echtzeit.» Dissidenten werden ins Gefängnis gesteckt. **Liberalismus mit Emotionen** Das Buch ist mit knapp 400 Seiten ein regelrechter Wälzer geworden. Aber es hat sich gelohnt. Kessler gibt gegenüber der «NZZ» zu, dass der argentinische Präsident Javier Milei für ihn ein Vorbild ist. Milei schaffe es, die Ideen des Liberalismus mit Emotionen zu vertreten. Genau das fehle in der liberalen Bewegung oft. **Freiheit durch Wachsamkeit** Kesslers Schlussfolgerungen sind klar. Freiheit ist nur durch Wachsamkeit zu

Anstandskultur

Der Anstand in der Gesellschaft, so wie ich (58) ihn noch kannte, ist praktisch nicht mehr vorhanden. Ich bin noch mit «Grüezi, Bitte, Danke, Adieu» erzo-gen worden und aufgewachsen. Das war das Mindeste und für dies brauchte man keinen Heiligenschein. Und heutzutage? Die neue Generation und viele, die aus anderen Kulturen zu uns gewandert sind, haben einfach keinen Anstand mehr. Es gibt Ausnahmen. Im Zug oder Bus nimmt eine Person das ganze Viererabteil ein, mit Tasche oder Rucksack auf dem Sitz. Erst auf Anfrage nimmt sie das Gepäck widerwillig weg. An der Kasse, im Laden oder sonst irgendwo sind die oben genannten vier Wörter praktisch ausgestorben.

Als eine andere Unart empfinde ich dieses dauernde Telefonieren in der Öffentlichkeit, im ÖV oder im Restaurant. Dazu haben die noch den Lautsprecher von ihrem Telefon an, sodass ich diese unsympathische, schrille Stimme, deren Herkunft sicher nicht im schönen Berner Oberland ist, mitanhören muss. Ich finde das unanständig und es nervt gewaltig. Ich habe auch schon jemanden gebeten, leiser

zu sein. Als Reaktion des Anstandslosen kam ein abschätziges «Geh Kühe melken, Bleichgesicht!» zurück. Herrlich! Ein anderes Beispiel: Wenn so ein ferngesteuertes, junges Wesen mit angewachsenem Smartphone an der Hand, totem Blick in den Augen und einer vollkommenen Kopfleere an einem vorbeigeht, und ich meine nicht in der Stadt, wo sich gefühlt zehn Leute auf einem Quadratmeter befinden, nein, ich meine in der Natur oder in der Wohnsiedlung, ist ein Grüssen nicht zu erwarten. Der jüngere Mensch grüsst zuerst den Älteren. Eine einfache Regel, oder? Aber diese Egoisten nehmen einen nicht einmal wahr. Sie kriegen den Mund nicht auf. Schreit ein Kleinkind wie am Spiess, die Eltern lassen es schreien, sagen nichts. Ich wurde anders erzogen und zitterte, wenn ich mich so verhalten hätte. Kann ja mal vorkommen. Aber meine Mutter hat mich auch nicht, samt Kinderwagen und in den Stosszeiten, in den ÖV gepackt. Wir sind zu Fuss gegangen.

Dieter Näpflin-Graf, Zürich

### Einladung zum Polit-Dinner

SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.



#### Gemeindepräsident Matthias Stutz

#### Viel Kosten – Null Nutzen

«Sinnlose Änderung des Energiesetzes»



**WANN:**  
Mittwoch,  
3. September 2025  
19.00 - 21.30 Uhr

**WO:**  
Restaurant Obermühle  
Obermühleweg 1  
8416 Flaach

**PROGRAMM:**  
19:00 Uhr Apéro  
19:30 Uhr Nachtessen auf Kosten der Teilnehmer  
20:30 Uhr Referat  
21:00 Uhr Diskussion  
21:30 Uhr Ende

Besten Dank für Ihre **Anmeldung** bis **Sonntag, 31. August 2025** (bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder Vegetarisch)

Anmeldung:  
[ycaspar@sunrise.ch](mailto:ycaspar@sunrise.ch) oder  
Tel: 079 521 71 34 (Fr. Caspar)  
oder per QR-Code



Alle sind herzlich willkommen!



erringen. Jede Annäherung an eine supranationale Organisation, aber auch jede Ausweitung staatlicher Befugnisse, ist ihm ein Dorn im Auge. Hier trifft sein Roman auch auf eine liberal-konservative Kraft, welche auch durch die SVP vertreten wird. Vielleicht braucht es wirklich einen Roman, um gewissen Leuten die Augen zu öffnen. Denn zu viele Liberale sind inzwischen Befürworter oder heimliche Sympathisanten eines Weltstaates.

Olivier Kessler, Befreiungsschlag. Hoffnungsschimmer für eine verloren geglaubte Welt. Zürich 2025. 41.90 Franken.



Der Roman paart Liberalismus mit Emotionen. Bild: zVg



SVP DIGITAL



**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





**In den Sumpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.



**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.



**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!



**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-bachenbuelach.ch](http://www.svp-bachenbuelach.ch).

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden Dienstag, 16.00–21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe [www.svp-staefa.ch](http://www.svp-staefa.ch).

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

IMPRESSUM

**Zürcher Bauer**  
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.  
  
**Jahresabonnement Print + Online:** Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [bauernverband@zbv.ch](mailto:bauernverband@zbv.ch), Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** [www.zbv.ch/zuercher-bauer](http://www.zbv.ch/zuercher-bauer). **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, [abo@zuercher-bauer.ch](mailto:abo@zuercher-bauer.ch).  
  
**Interne Autoren:** SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.  
  
Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, [inserate@svp-zuerich.ch](mailto:inserate@svp-zuerich.ch). **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** [veranstaltungen@svp-zuerich.ch](mailto:veranstaltungen@svp-zuerich.ch) **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**Der Zürcher Bote**  
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.  
  
**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch), Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** [www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote](http://www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote). **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, [sekretariat@svp-zuerich.ch](mailto:sekretariat@svp-zuerich.ch).

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch).

SVP-VERANSTALTUNGEN

**Bezirk Affoltern/Bonstetten**  
Donnerstag, 21. August 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindegasthaus, Am Rainli 4, Bonstetten, u.a. mit Nationalrat Martin Hübscher.

Samstag, 30. August 2025, bis Sonntag, 31. August 2025, SVP-Beiz an der Dorfchilbi, Dorfplatz, Bonstetten.

**Bezirk Andelfingen**  
Mittwoch, 3. September 2025, 19.00 Uhr, Polit-Dinner, Restaurant Obermühle, Obermühlweg 1, Flaach, mit Gemeindepräsident Matthias Stutz. Thema: Energiegesetz. Nachtessen auf Kosten der Teilnehmer. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder vegetarisch) unter [ycaspar@sunrise.ch](mailto:ycaspar@sunrise.ch).

**Bezirk Bülach**  
Freitag, 29. August 2025, 19.30 Uhr, Sternmarsch und Grillabend, Aussichtsturm Hardwald, Dietlikon, mit Nationalrat Lukas Reimann. Treffpunkt zum Abmarsch gemäss Vorgabe der Sektionen.

**Bezirk Bülach/Bülach**  
Freitag, 29. August 2025, bis Sonntag, 31. August 2025, SVP-Beiz am Büüli Fäsch, Marktgasse, Bülach.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf**  
Samstag, 20. September 2025, 17.00 Uhr, Grillabend, Waldhütte Ettenberg, Howielerstrasse 27, Birmensdorf, mit Nationalrat Benjamin Fischer. Anmeldung bis 10. September 2025 unter [yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch](mailto:yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch).

**Bezirk Hinwil/Rüti**  
Freitag, 22. August 2025, 19.00 Uhr, Sommer-Höck, Stauerhof, Unter-Moos 1, Rüti.

**Bezirk Meilen/Zollikon**  
Samstag, 16. August 2025, bis Montag, 18. August 2025, SVP-Stand an der Chilbi, Dorfplatz, Zollikon.

Donnerstag, 18. September 2025, 20.15 Uhr, Informationsabend, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, mit den Nationalräten Gregor Rutz und Mauro Tuena.

**Bezirk Meilen/Zumikon**  
Samstag, 23. August 2025, 11.00 Uhr, Jubiläums-Grillplausch, Feuerstelle Strubenwis, oberhalb Golfplatz, Weid 9, Zumikon, mit Nationalrat Andreas Glarner. Anmeldung bis 21. August 2025 unter [gerard.olivary@bluewin.ch](mailto:gerard.olivary@bluewin.ch).

**Bezirk Uster/Uster**  
Donnerstag, 28. August 2025, 18.30 Uhr, Sommeranlass, Forsthaus Mühleholz, Haldenstrasse 20, Uster, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Freitag, 5. September 2025, bis Sonntag, 07. September 2025, SVP-Stand am Stadtfest, Zentrum, Uster.

**Bezirk Uster/Volketswil**  
Freitag, 17. Oktober 2025, bis Sonntag, 19. Oktober 2025, SVP-Stand an der Volkets-

wiler Gewerbeausstellung VOGA, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

**Stadt Winterthur/Seen**  
Freitag, 5. September 2025, bis Sonntag, 07. September 2025, SVP-Stand an der Seemer Dorfet, Ecke Seenerstrasse/Werdstrasse, Winterthur-Seen.

**Stadt Zürich/Kreis 10**  
Freitag, 22. August 2025, 18.00 Uhr, Grillabend, Armbrustschützenhaus, Kappenhühlstrasse 80, Zürich-Höngg, mit Nationalrat Mauro Tuena und Kantonsrat Christoph Marty.

Samstag, 30. August 2025, 09.30–11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 6. September 2025, 09.30–11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 13. September 2025, 09.30–11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 20. September 2025, 09.30–11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Samstag, 30. August 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 6. September 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 13. September 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Sonntag, 21. September 2025, 10.00–14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Mauro Tuena sowie den Kantonsräten Ueli Bamert und Susanne Brunner.

Samstag, 27. September 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Samstag, 6. September 2025, bis Sonntag, 7. September 2025, SVP-Stand an der Schwamendinger Chilbi, Stettbachweg, Zürich-Schwamendingen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

**AUSGEBUCHT:**  
Mittwoch, 27. August 2025, 13.45–17.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee, Treffpunkt Bürkliplatz, MS Etzel, Bootsteg 6, Zürich.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschüssen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter [www.svp-schiessen.ch](http://www.svp-schiessen.ch).

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie direkt oberhalb im Impressum.

**Seemer Dorfet**

Treffen Sie Stadtratskandidat **Christian Hartmann**





**Liebe SVP-Mitglieder**  
Bald findet wieder die Seemer Dorfet statt. Einfach mal die Seele baumeln lassen und mit **Stadtratskandidat Christian Hartmann** anstossen!

**Datum:** Freitag, 5. September bis Sonntag, 7. September 2025  
**Uhrzeiten:** Freitag, 18 Uhr bis Open End; Samstag, 12 Uhr bis Open End; Sonntag, 11 Uhr bis 20 Uhr, **Christian Hartmann: So., 14:30-16:00 Uhr**  
**Zudem:** Tobias Weidmann (Sa., 17-20 Uhr), Urs Wegmann (Sa., 20-23 Uhr)  
**Standort:** Stand 190, Ecke Werdstrasse / Seenerstrasse, 8405 Winterthur  
**Attraktionen:** Bull-Riding, Barbetrieb mit Wein und Bier, Hot-Dogs, gute Laune

**Gutschein Gratis-Getränk**  
Eines pro SVP-Mitglied



**«Gerne lade ich Sie ein!»**

[Hartmann-Stadtrat-2026.ch](http://Hartmann-Stadtrat-2026.ch)

**Einladung zum Sommer-Grill**

Gerne lädt Sie der Vorstand der SVP Kreis 10 zu unserem traditionellen SVP-Sommergrill ein.



**Mauro Tuena**  
Nationalrat



**Christoph Marty**  
Kantonsrat

**und**



**Johann Widmer**  
Gemeinderat

Unsere Mandatsträger stehen Ihnen für persönliche Gespräche zur Verfügung

**18:00-19:00** Willkommens Apéro  
**19:00-19:30** Begrüssung, Gastrede von NR Mauro Tuena  
**19:30-22:00** Grillplausch und gemütliches Beisammensein

**Ort:** **Armbrustschützenhaus Höngg**  
Kappenhühlstrasse 80, 8049 Zürich  
Bei den Sportplätzen, genügend Parkplätze beim Restaurant Schützenhaus vorhanden. Bus 38 ab Meierhofplatz, alle 30 Minuten.



**SVP Zürich Kreis 10**

